

Erzgebirgischer Volksfreund

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Böhmisch Neudorf, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag G. M. Gärner, Aue, Erzgeb.

Vertriebsstellen: Aue 21, Böhmisch Neudorf 100, Grünhain 100, Schwarzenberg 100, Johanngeorgenstadt 100, Schneeberg 100, St. Nikolai 100.

Abgabe für die am Samstag erscheinende Nummer bis einschließlich 9 Uhr in den Anzeigebüros. Die Abgabe für die Sonntags- und Feiertagsnummern bis einschließlich 10 Uhr in den Anzeigebüros. Die Abgabe für die Sonntags- und Feiertagsnummern bis einschließlich 10 Uhr in den Anzeigebüros.

Nr. 42.

Donnerstag, den 19. Februar 1925.

78. Jahrg.

Umtliche Anzeigen.

Auf dem Wette 44 des Vereinsregisters ist eingetragen worden: Frei Sportvereinigungen Schwarzenberg-Sachsenfeld mit dem Sitz in Schwarzenberg-Sachsenfeld.

Amtsgericht Schwarzenberg, am 13. Februar 1925.
Sonabend, den 21. Februar 1925, vormittags 9 Uhr, sollen in Wittweida 1 Motorrad öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden. Sammelort der Bieter: Volkshaus zum „Goldenen Hahn“.

Schwarzenberg, den 17. Februar 1925.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Öffentliche Stadtverordnetenversammlung in Schneeberg

Freitag, den 20. Februar 1925, abends 7 Uhr.
Der von den Stadtverordneten beschlossene und oberbehördlich genehmigte 1. Nachtrag zu den Vorschriften über die Befoldungsbeschlüsse der Beamten und Stellenanwärter der Stadt Schneeberg vom 22. Februar 1922 wird hiermit verkündet. Er liegt 14 Tage lang in der Kanzlei zur Einsichtnahme aus.

Schneeberg, den 4. Februar 1925. Der Stadtrat.

Aue-St. Nicolai.

Ergänzungswahl der Kirchengemeindeverwaltung betr.
Alle stimmberechtigten männlichen und weiblichen Gemeindeglieder von St. Nicolai, soweit sie noch nicht in die Wählerliste eingetragen sind, werden hierdurch aufgefordert, ihre Anmeldung zur Wählerliste bis spätestens den 26. Februar zu bewirken. Der dabei zu bewirkende Anmeldebogen ist bei den 3 Geistlichen, in der Pfarramtskanzlei und in Auerhammer bei den Herren Kirchengemeindevorsteher Prof. Dr. Bruno Bauer, Prof. Dr. Max Krause und Kaufmann Oswald Tröger erhältlich. Die Wählerliste liegt zur Einsichtnahme vom 26. Februar bis mit 12. März mittags 12 Uhr in der Pfarramtskanzlei während der Geschäftsstunden öffentlich aus. Anmeldungen, welche nach dem 26. Februar eingeht, geben für die bevorstehende Ergänzungswahl noch nicht die Wahlberechtigung. Die Wahl findet am Sonntag Deuß, den 15. März, in der Zeit von 9 bis 12 Uhr im Gemeindegottesdienstsaal bis nachmittags 3 Uhr im großen Pfarrsaal statt.

Aue (Erzgeb.), den 18. Februar 1925.
Der Kirchenvorstand zu St. Nicolai.

Kabinetts-Marg in Preußen.

Berlin, 17. Februar. Ministerpräsident Marg hat heute dem Präsidenten des preussischen Landtages Bartels persönlich mitgeteilt, daß er die Wahl zum preussischen Ministerpräsidenten annehme.

Die Blätter veröffentlichen folgende Ministerliste: Ministerpräsident: Marg (Z.), Innenminister: Severing (F.), Finanzminister: Dr. Hüpper-Aichhoff (Dem.), Handelsminister: Dr. Schreiber (Dem.), Landwirtschaftsminister: Dr. Steiger (Z.), Kultusminister: Dr. Beder (F.), Justizminister: am Jahnhoff (Z.), Wohlfahrtsminister: Hirtzfelder (Z.).

Dr. Marg, der ehemalige Reichskanzler und nunmehrige preussische Ministerpräsident, hat einige Werbung auf dem Gebiete der Bildung von Kabinetten. Nachdem ihm das letzte Experiment im Reich mißglückt war, übertrag ihm die Zentrumspartei das schwierige Geschäft der Zusammenstellung der preussischen Regierung. Die Partei war durch das feste Zusammenhalten der rechten Flügelparteien im Reichstag in eine schwierige Lage geraten, sie hatte ihre Eigenschaft als Jüngling an der Woge verloren und im übrigen durch ihre Zusammengehen mit der Dampfpartei sowie durch die politische Wobstellung seitens der Hölse, Lange-Hegermann und Konsorten an allgemeinem Ansehen eingebüßt. Es lag nahe, daß sie ihren Einfluß zurückzugewinnen versuchte. Als geeignetes Objekt lag ihr Preußen sehr nahe. Hier hat nun Marg eine Regierung zusammengebracht, die sich in der Hauptsache aus Zentrumsmännern und Demokraten zusammensetzt.

Die Lebensdauer des neuen Kabinetts kann nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden. An sich müßte es, wenn allein maßgebend wären, sofort wieder abtreten. Aber auf diese kommt es bekanntlich in unseren Republiken weniger an. Eine viel wichtigere Rolle spielen Zusammenhänge, die auf ganz anderem Gebiete liegen. Folgende Mitteilung, die ein demokratisches Blatt vor kurzem brachte, bringt Licht in diese Angelegenheit. Es heißt da:

Die Entwicklung der Dinge in Preußen steht jetzt auf dem Messer der Schere, denn ein Scheitern der Mission des Ministerpräsidenten Dr. Marg wird offenbar doch noch zu schwerwiegenden Konsequenzen führen. Im Reichstag ist jedenfalls übereinstimmend die Auffassung verbreitet, daß das Zentrum fest entschlossen ist, sich von der Regierung Luther zurückzuziehen, wenn sich die Deutsche Volkspartei nicht dazu entschließt, in

Preußen das Zustandekommen des Kabinetts Marg zu ermöglichen. Die Zentrumspartei des Reichstags beabsichtigt, durch einen Fraktionsbeschluss die Deutsche Volkspartei vor die Alternative zu stellen, den Austritt der Zentrumsmänner aus dem Reichskabinetts zu riskieren oder in Preußen nachzugeben.

Wir zweifeln nicht daran, daß hier tatsächlich die Wahrheit gesagt wird. Es handelt sich also letzten Endes um nichts weniger als um ein Erpreßungsmanöver. Es wird mit dem Aufhängenlassen der Reichsregierung gedroht, wenn man sich nicht bewegen läßt, den Thron des Zentrums und der Demokratischen Partei in Preußen zu stabilisieren. Die Beurteilung eines solchen Vorgehens muß der deutschen Öffentlichkeit überlassen werden. Mit Parlamentarismus und wahrer Demokratie hat es jedenfalls nichts zu tun, wenn auf solche Weise das Zustandekommen des Kabinetts Marg „ermöglicht“ worden ist und werden mußte.

Natürlich steht die preussische Regierung Marg unter solchen Umständen auf wackeligen Füßen. Daran ändert auch nichts der Umstand, daß sich die Sozialdemokratie bereit gefunden hat, sich an dem Geschäft zu beteiligen. Sie hat, um nicht ganz aus der Regierung hinausgedrängt zu werden, das Zugeständnis gemacht, Hrn. Severing, den Schutzherrn des mit Darmat eng verbundenen bisherigen Berliner Polizeipräsidenten, als „Fachsminister“ in das Preussenkabinetts zu entsenden. Sie als Partei mit hereinzunehmen, darin hat selbst Hr. Marg ein Haar gefunden. Es handelt sich hier, richtig gesehen, um einen für die Sozialdemokratie äußerlich diamantenen Vorgang. Das Verhalten der preussischen Sozialisten stimmt jedenfalls nicht mit der Gesinnung überein, die sonst das hervorstechendste Merkmal dieser Partei ist. Daß der in der Darmatunterkunftung so schwer belastete Abgeordnete Heilmann die Verhandlungen zwischen seiner Partei und Marg geführt hat, soll nur nebenbei als besondrer Umstand erwähnt werden. Es scheinen diejenigen immer mehr Recht zu behalten, die in der sozialistischen Partei schon seit geraumer Zeit nichts anderes als einen politischen Trümmerschutt gesehen haben. Daß sie moralisch nicht auf der Höhe ist, hat man aller Orten schon längst gewußt. Zu der Verbindung mit ihr, auch wenn sie noch so lose ist, kann man Hr. Marg nur gratulieren. Uns schwant, ob seine Mission unter solchen Umständen über kurz oder lang scheitern wird.

Rumänischer Zollkrieg gegen Deutschland.

Berlin, 17. Februar. Wie aus Budapest gemeldet wird, ist der Beschluß des rumänischen Kabinetts, Deutschland den Zollkrieg zu erklären und die deutschen Waren mit dem höchsten Zoll zu belegen, vom König gutgeheißen worden. Die Nachricht, daß der rumänische Gesandte in Berlin die Weltung bekommen habe, Berlin zu verlassen, falls die Verhandlungen scheitern sollten, wird zwar dementiert, aber es steht fest, daß Befehle sehr ernster Natur an die rumänische Gesandtschaft in Berlin ergangen sind, die mit dem eigentlichen wirtschaftlichen Streit in gar keinem Einklang stehen. Es scheint, daß bereits rigorose Maßnahmen gegen deutsche Staatsbürger getroffen worden sind, da an der ungarischen Grenze eine große Anzahl deutscher Flüchtlinge eintraf, die angaben, daß sie von den rumänischen Behörden einen Ausweisungsbefehl erhalten haben.

Die Befreiung der Opfer.

Dortmund, 17. Februar. Heute nachmittags wurden die Opfer der Grubenkatastrophe auf dem Nordfriedhof in Dortmund und den Friedhöfen in Richthorne, Breßen und Lünen beigesetzt. Die Hauptzahl der Verunglückten, nämlich 95 Knappen, wurden in zwei Massengräbern auf dem höchsten Nordfriedhof bestattet. Um 3 Uhr setzte sich vom Berg 3 der Jüde Minister Stein der lange Trauerzug in Bewegung, dessen Spitze um 4 Uhr den Friedhof erreichte. Unter den zur Trauerfeier eingetroffenen auswärtigen Abordnungen bemerkte man auch Bergleute aus Courrières; den Schluß des Zuges bildeten kommunistische Abordnungen aus dem gesamten Ruhrrevier. Zwischen den beiden Massengräbern war eine Kugel errichtet worden, von der die Geflüchten beider Konfessionen und später auch kommunistische Redner Ansprachen hielten. Nachdem wurden die Särge auf mit Flor und Tannenzweigen geschmückten Wagen zu den Gräbern gefahren und unter den Klängen des Liedes „Ich halt' einen Kameraden“ ins Grab gesenkt.

Paris, 17. Februar. Der deutsche Botschafter von Hoefich sprach den Dank der deutschen Regierung für die Beistandsgeldgebung der französischen Regierung anlässlich des Dortmund-Grubenunglücks aus und bat, den Dank auch an den Präsidenten der Republik weiterzugeben.

Deutschlands angebliche Verfehlungen.

Der vertrauliche Kontrollbericht.

London, 17. Februar. Wie „Daily Mail“ erfährt, stellt den Schlussbericht der Kontrollkommission ein umfangreiches Schriftstück von mehr als 100 Seiten dar. Eine Veröffentlichung sei unwahrscheinlich, da der Bericht zum Teil streng vertraulich gehalten sei. Auszüge und allgemeine Schlussfolgerungen dürften der Öffentlichkeit unterbreitet werden, sobald Marshall Foch das Dokument an die Botschafterkonferenz zurückgeben lasse. Die Entscheidung über die Veröffentlichung des Dokuments liegt in den Händen der Botschafterkonferenz.

Die Phantasien der Kontrollkommission.

- Rom, 17. Februar. Die „Tribuna“ macht über den Inhalt des Kontrollberichts nähere Angaben. Danach handelt es sich um folgende Beanstandungen:
1. Die Borräte usw. seien höher als die von einem hunderttausend Mann starken Heere benötigten.
 2. Die Reichswehr verfüge über Abteilungen und Ausrüstungen, die stärker als die vorgesehenen seien.
 3. Die Kavallerie sei unerlaubter Weise mit Maschinengewehren versehen.
 4. Bei den Universitäten beständen Rekrutierungsbureaus, die sogenannte schwarze Reichswehr, die bei Strafe des Hochverrats nicht angegeben werden sollen. Die Militärverfügungen angeblich über Photographien dieser geheimen bewaffneten Verbindungen und über Namenlisten ihrer Angehörigen.
 5. Der in der Höhe von fünf Prozent festgesetzte Erneuerungssatz sei bedeutend überschritten worden.
 6. Die Polizei erhalte Waffen und Instruktionen alljährlich bei den Manövern und sei niemals den lokalen Polizeibehörden zugestellt worden.
 7. Zwischen Reichswehr und Polizei bestünden regelmäßige Subventionsabmachungen und direkte Verbindungen.
 8. Die Dokumente über den deutschen Rüstungsstand am Tage des Waffenstillstandes seien, nachdem sie von einem französischen Offizier aufgefunden worden seien, zerstört worden.
 9. Das Kriegsministerium lasse, entgegen den Bestimmungen des Vertrages, durch Zivilpersonen Mobilisierungspläne für die verschiedenen Kriegsschauplätze vorbereiten.
 10. Es würden Waffen in den Fabriken hergestellt, deren Maschinen nicht reiflos unbrauchbar gemacht worden seien.

Der Bericht bezeichne es weiter als symptomatisch, daß viele Arbeiter, denen man die Denunziation verdanke, auf raschestem Wege schwer bestraft worden seien. Ebenso symptomatisch seien die Schwierigkeiten, die man den einzelnen Kommissionen mache, wenn sie systematisch Material verlangten. Trotzdem, so schließt die „Tribuna“, glaube man, daß die Verbindungen „nur“ verlangen würden, daß Deutschland sich zur Annahme der 1922 aufgestellten fünf Punkte bereitstelle, die verlangten: Reorganisation der Polizei, Umstellung der Fabriken, Auslieferung des Restes des nicht zugelassenen Materials, Auslieferung der Altensätze des Generalstabes, sowie gezielte Regelung des Verbots der Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial, der Rekrutierung für das Heer sowie der Heeresorganisation.

Ohne Räumung kein Eintritt in den Völkerverbund.

London, 17. Februar. Der Berliner Korrespondent der „Evening Times“ telegraphiert seinem Blatt, der Außenminister Dr. Stresemann habe am Sonnabend in Gesprächen mit ausländischen Journalisten und zu Parlamentarier erklärt, daß für ihn weder ein Garantiepakt noch ein Aufnahmegebot an den Völkerverbund in Frage komme, solange R 8 I n entgegen dem Versailler Vertrag besezt bleibe.

London, 17. Februar. Auf eine Anfrage, betreffend die Räumung der Kölner Zone, sagte Baldwin: Die Räumung der Kölner Zone hängt allein von der vollen Erfüllung der Bedingungen des Artikels 429 des Versailler Vertrages durch Deutschland ab. Die Räumung steht mit der Sicherheitsfrage in keinerlei Verbindung.

Frankreich bleibt im Saargebiet.

Paris, 17. Februar. Eine englische Zeitung hat gemeldet, daß die französischen Truppen, die seit dem Waffenstillstand das Saargebiet besetzt halten, gemäß den Bestimmungen, deren Ausführung hätte aufgeschoben werden müssen, zurückerzogen würden. In dieser Fassung, so wird in Paris offiziell erklärt, sei diese Nachricht nicht richtig. Anso zu ihr habe die Verlegung eines Artillerieparkes aus der Nähe von Saarbrücken nach Niederhosen gegeben. Es finde keine allgemeine Räumung statt, aber es sei sicher, daß eine Verlagerung der französischen Truppen sich ergeben werde im Verhältnis zu der Entwicklung, die die von französischen Offizieren befehligten lokale Gendarmen machen.

Paris, 17. Februar. Die Befreiung von Sedan durch die Belgier dauert an und hat neue Opfer gefordert. Die Bevölkerung ist demoralisiert. Ein Angriff auf die Stadt ist noch nicht erfolgt.

0.22-1.00
0.30
0.45
0.50
0.55
0.60
0.65-0.68
0.62-0.65
0.50-0.60
0.45-0.48
0.35-0.42
0.20-0.28
0.50-0.60
0.45-0.50
0.40-0.44
0.30-0.36
0.18-0.26
0.68-0.80
0.60-0.63
0.45-0.50
0.50-0.55
0.40-0.45
0.30-0.35
0.68-0.80
0.70-0.72
0.64-0.66
0.58-0.62
0.30-0.35
18. Febr. d. J.
er Transport
Salben
dem, preiswert
er, 50 Stk.
er, 52.
preussischer
hweine
uch
genberg.
enständig zum
D. D.
berichtigte
nplanen
nplanen,
Bakterien,
bedecken,
schärfen,
verwunden,
elbstade
in bewährten
zu billigen
Singer,
am Bahnhof 5,
b. Dof.
Kleinvorfah
ührung
Reparaturen.
eue kompl.
fter,
preiswert zu
iter, 4c. part.
auche
acher-
maschine
happ) preis-
anlen in
au Nr. 56.
Bellmelle